

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Monika Wessels
Zimmer.: 234
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: monika.wessels@lkbra.de

Brake, den 06.12.2021

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		BauA/45/2021
Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Donnerstag, 25.11.2021	16:30 bis 19:32 Uhr	Otto-Hahn-Str. 13, Feuerwehrtechnische Zentrale, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dieter Kohlmann	Ausschussvorsitzender
Tobias Beckmann	Kreistagsmitglied
Johann Evers	i.V.d. Abg. Schröder
Hans Francksen	Kreistagsmitglied
Gustav Hellmers	Kreistagsmitglied
Jürgen Hülsebusch	Kreistagsmitglied
Ina Korter	Kreistagsmitglied
Volker Osterloh	Kreistagsmitglied
Gerlinde Röhr	Kreistagsmitglied
Uwe Thöle	Kreistagsmitglied
Andreas Wedelich	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Matthias Wenholt
Katrin Korbmacher
Thilo Früchtnicht
Waldemar Hermann
Kerstin Groß-Kruzycki

Leiter Dezernat 2
Leiterin FD 63 - Bauaufsicht
Leiter Fachdienst 65 Liegenschaften
stellv. Leiter FD 65 - Liegenschaften
FD 65 - Liegenschaften (Protokollführung)

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Christina-Johanne Schröder

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Vorstellung der wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 63
Vorlage: 2021/FD63/107
- 5 Teilhaushalt Fachdienst 63
Vorlage: 2021/FD63/106
- 6 Kurzvorstellung des Fachdienstes 65
Vorlage: 2021/FD65/064
- 7 Teilergebnishaushalt 2022 des Fachdienstes 65 - Liegenschaften
Vorlage: 2021/FD65/065
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

Es liegen Anträge zur Sitzung vor, die unter TOP 4 – Vorstellung der wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 63 - und unter TOP 5 – Teilhaushalt Fachdienst 65 – behandelt werden.

3	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

4	Vorstellung der wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 63 Vorlage: 2021/FD63/107
---	---

Frau Korbmacher stellt anhand einer Power-Point—Präsentation die wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 63 dar (Präsentation in der Anlage).

Antrag der CDU/Grüne/FDP-Gruppe vom 15.11.2021:

Künftige Berichterstattung über die Ergebnisse der Deichschau des I. und II. Oldenburgischen Deichbandes und die sich daraus ergebenden Konsequenzen

Die Verwaltung schlägt vor, dass künftig jeweils in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt im Herbst nach den jeweiligen Herbstdeichschau berichtet werden soll. Die Mitglieder des Ausschusses sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Nähere Informationen über die aktuell vollzogenen Deichschau werden unter TOP 5 gegeben.

Die Mitteilung über die wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 63 wird zur Kenntnis genommen.

5	Teilhaushalt Fachdienst 63 Vorlage: 2021/FD63/106
---	--

Fragen zu Genehmigungsverfahren im Bereich des Bau- und Immissionsschutzrechts werden beantwortet (Präsentation in der Anlage).

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2021

Antrag auf Förderung von Entwicklungen im inklusiven Wohnungsmarkt

Herr Francken gibt eine kurze Erläuterung zum vorliegenden Antrag. Im Anschluss wird von Seiten der Verwaltung dargestellt, dass im Rahmen der Neuaufstellung des RROP auch ein Wohnraumversorgungskonzept aufgestellt wurde, welches für alle Kommunen – außer die Stadt Nordenham – die Wohnraumentwicklung und den Wohnraumbedarf darstellt und Grundlage für Förderanträge von Wohnungsbaugesellschaften und sonstigen Institutionen sowie Privatpersonen bei Anträgen an die N-Band im Bereich des sozialen Wohnungsbaus darstellt. Dieses Konzept aus dem Jahr 2017 weist den Bedarf an kleinen, barrierefreien und altersgerechten Wohnungen aus. Das Konzept soll möglichst im Jahr 2022 fortgeschrieben werden, um mögliche Änderungen im Bereich des Bedarfs aktuell abbilden zu können. Die Kreisverwaltung hatte das erste Konzept seinerzeit mit eigenen Personal des Referats 61 erstellt. Hier ist derzeit eine Stelle vakant, die ausgeschrieben ist und bei einer Wiederbesetzung diese Aufgabe ausführen wird. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes soll auch der barrierefreie Wohnraumbedarf mit ermittelt werden und die Kommunen einbezogen werden. Die im Antrag benannten Anregungen sollen somit soweit wie möglich umgesetzt werden.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem benannten Vorschlag zur Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes einverstanden. In diesem Zusammenhang wird darum gebeten, dass das Thema Barrierefreiheit im Zusammenhang mit der Fortschreibung möglichst in der 2. Hälfte des Jahres 2022 im Ausschuss vorgestellt wird.

Deichschauen

Frau Korbmacher stellt kurz die Ergebnisse der diesjährigen Deichschauen im Bereich des I. und des II. Oldenburgischen Deichbandes anhand der jeweiligen Deichabschnitte in Kurzform dar. Insgesamt konnten die Deiche für schaufrei erklärt werden, somit liegen keine wesentlichen Schäden vor. Ebenfalls werden die Abschnitte dargestellt, die aktuell einen entsprechenden Unterbestock aufweisen. Dieses Thema soll im Zusammenhang mit der Vorstellung der Ergebnisse der Deichschauen im Herbst 2022 erneut aufgegriffen werden. Im Anschluss werden weitere Fragen – etwa zur Nutriabekämpfung – beantwortet (Präsentation in der Anlage).

Die Mitteilung über den Teilhaushalt FD 63 Bauaufsicht wird zur Kenntnis genommen.

6	Kurzvorstellung des Fachdienstes 65 Vorlage: 2021/FD65/064
---	---

Herr Früchtnicht stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Aufgaben des Fachdienstes 65 dar (Präsentation in der Anlage).

Die Mitteilung über die Aufgaben des Fachdienstes 65 Liegenschaften wird zur Kenntnis genommen.

7	Teilergebnishaushalt 2022 des Fachdienstes 65 - Liegenschaften Vorlage: 2021/FD65/065
---	--

Herr Hermann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Teilergebnishaushalt 2022 dar (Präsentation in der Anlage).

Herr de Buhr, Leiter des Geschäftsbereiches Oldenburg der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) stellt die wesentlichen Aufgaben der NLStBV vor und präsentiert mit einer Power-Point Präsentation einen Sachstandsbericht über die Sanierung von Kreisstraßen und Radwege (Präsentation in der Anlage).

Herr Michalowski fragt nach dem bisherigen Ertrag der PV-Anlage des Kreishauses:

Insgesamt wurden vom 19.09.2019 bis zum 26.11.2021 ca. 67,89 MWh elektrische Energie gewonnen.

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2021

Erhöhung des Budgets für größere Instandsetzungen an Kreisstraßen im Umfang von zusätzlichen 500.000 €

Die Verwaltung stellt eine Übersicht über die Entwicklung der Jahre ab 2014 – 2022 bei den investiven Baumaßnahmen und den Unterhaltungsaufwendungen für die Kreisstraßen und Kreisradwege inklusive der technischen Bauwerke dar. Insgesamt wurden die Mittel seit 2014 schrittweise erhöht und liegen in den letzten Jahren auf einem Gesamtbetrag von rund 4 Mio. €. (Übersicht in der Anlage).

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die auch für den Haushalt 2022 vorgesehenen Investitions- und Unterhaltungsmittel innerhalb des vorgesehenen Zeitraums ausgeschrieben, beauftragt und umgesetzt werden können. Dieses erfolgt im Wesentlichen im Rahmen der Beauftragung der

Straßenunterhaltung durch die NLStbV. Da die Landesbehörde aufgrund der Abtrennung der Zuständigkeiten für die Bundesautobahnen Personal an die neue Bundesautobahngesellschaft abgegeben hat, der Bund im kommenden Jahr erhebliche Baumaßnahmen plant, die umfangreiche Tiefbaukapazitäten der Unternehmen binden und auch die Planungskapazitäten externer Büros nicht zur Verfügung stehen, wird in Abstimmung mit der Landesbehörde seitens der Verwaltung empfohlen, die im Haushaltsentwurf veranschlagten Summen nicht weiter zu erhöhen.

Herr Francksen erklärt von Seiten der antragstellenden SPD-Fraktion, dass die Ausführungen für ihn nachvollziehbar seien, er diese aber zur endgültigen Entscheidung über eine mögliche Rücknahme noch einmal in die kommende Fraktionssitzung zur Beratung mitnehmen wird. Ein Beschluss über den Antrag wird somit seitens des Ausschusses nicht getroffen.

Herr Herrmann präsentiert die in der Mitteilungsvorlage benannten geplante Bauprojekte (Präsentation in der Anlage).

Antrag der UW-Kreistagsfraktion vom 17.11.2021

Sanierung Heizung BBZ Brake – Errichtung eines BHKW statt eines evt. Geplanten Heizkesselaustauschs

Herr Früchtnicht stellt die im Bereich des BBZ vorgesehenen Maßnahmen dar. Die Erneuerung der des Heizkessels ist im kommenden Jahr nicht Bestandteil der Planungen und daher auch nicht Gegenstand des aktuellen Haushaltsansatzes 2022.

Der Fachdienst 65 berücksichtigt aktuell die bereits abgestimmte Prüfung zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Auch werde hierbei geprüft, ob bei einem Einsatz eines möglichen BHKW ggf. Fördergelder eingeworben werden können. Der Vertreter der antragstellenden Fraktion, Herr Michalowski, ist mit der Erläuterung zufrieden, begrüßt die Vorgehensweise der Verwaltung und erklärt, dass sich der Antrag hiermit in Bezug auf eine mögliche Berücksichtigung für den Haushalt 2022 erledigt habe (Präsentation in der Anlage).

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.11.2021

Neugestaltung des Großparkplatzes – Berücksichtigung von Schnittstellen für die Installation von Photovoltaik-Dächern

Die Verwaltung erläutert kurz den Stand der Planungen zur Sanierung des nördlichen Parkplatzes am Kreishauses. Nach Abschluss der wesentlichen Arbeiten zur Sanierung des Gebäudes bereitet der FD 65 zurzeit eine Fachplanerauswahl vor. Hierbei soll auch die Installation von Schnittstellen zur Nutzung von Photovoltaikanlagen berücksichtigt werden. Dieses wird sich aber auf die vorhandenen Dachflächen der Garagen und Nebengebäude beziehen. Eine Errichtung zusätzlicher Dachflächen zur Installation von Solarkollektoren wäre aufgrund der schwierigen Bodenverhältnisse im Bereich des Kreishauses zu aufwendig. Die vorhandenen Dachflächen könnten vorrangig für die PV-Eigenverstromung genutzt werden, was im Zusammenhang mit der Vorrichtungen für spätere Ladepunkte von E-Fahrzeugen mit geprüft wird. Eventuelle Fördermittel werden geprüft und dann ggf. eingesetzt. Es ist vorgesehen, einen Sachstand über die Planungen des Außenraumes am Kreishaus nach Beauftragung des Büros in der ersten oder zweiten Sitzungsperiode 2022 zu geben.

Dem Antrag wird somit soweit wie möglich – also ohne die Errichtung zusätzlicher Dachkonstruktionen für Solaranlagen - gefolgt. Da hierfür zunächst keine weiteren Finanzmittel eingeplant werden müssen, wird dieser seitens des Ausschusses zustimmend zur Kenntnis genommen (Präsentation in der Anlage).

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2021

Ausführung von energetischen Dachsanierungen, Gründächer und Solaranlagen – Folgeantrag

Die Verwaltung geht noch einmal kurz auf den bereits bekannten Umstand ein, dass viele vorhandenen Dachkonstruktionen für die mit den benannten Anlagen verbundenen Auflasten statisch nicht ausgelegt sind. Vorhandene Dächer, die zusätzliche Kräfte aufnehmen können, wurden in der Vergangenheit mit Solaranlagen ausgestattet. Weiterhin werde im Bereich der Neubauten die zusätzlich geschaffenen Dachflächen möglichst mit einer Kombination aus Gründächern und Solaranlagen berücksichtigt. Hier wird auf das bereits realisierte Beispiel im Bereich der Erweiterung des Gymnasiums Brake verwiesen. Auch bei der geplanten Erweiterung an der OBS Jade wurde dargestellt, dass hier eine projektbezogene Prüfung und Umsetzung solcher Maßnahmen erfolgt und die veranschlagten Mittel dieses berücksichtigen. Die bisherigen Erfahrungen seien positiv.

Da die Ziele des Antrages bereits berücksichtigt werden, spricht sich der Ausschuss dafür aus, dass bei den weiteren Planungen entsprechend weiter verfahren werden soll (Präsentation in der Anlage).

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2021

Zukunftsausrichtung des Gesundheitsamtes

Herr Francksen erläutert kurz den Antrag, der im Wesentlichen durch den Umstand getragen werde, dass es sich bei dem heutigen Gebäude des Gesundheitsamtes nicht um eine Liegenschaft des Landkreises handle und zukünftig aufgrund der wachsenden Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes womöglich auch Fördermittel für eigene Liegenschaften von Seiten des Bundes bereitgestellt werden könnten.

Zunächst geht die Verwaltung auf den Vorschlag der Verortung des Gesundheitsamtes im Bereich des ehemaligen EWE-Gebäudes ein: Bereits im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Ankauf der Immobilie Poggenburger Straße 7 war der mittelfristige Umzug des Fachdienstes 40 – Schule, Kultur, Sport - in dieses Objekt betrachtet worden. Durch diese Maßnahme kann eines der extern angemieteten Objekte entfallen. Weiterhin wird dargestellt, dass das Gesundheitsamt insgesamt zu groß wäre, um in die aktuell noch durch Dritte genutzten Flächen dieses Gebäudes umgesiedelt zu werden.

Das Land stellt dem Landkreis das Gebäude des Gesundheitsamtes kostenlos zur Verfügung. Das Gebäude weist eine Bruttogrundfläche von rund 815 qm nebst Lagerflächen auf. Der Landkreis trägt die Bauunterhaltungskosten.

Im Haushalt 2022 sind insgesamt Kosten für die Dachsanierung von 293.000 € vorgesehen.

Ein Neubau mit rund 1.000 m² Bruttogrundfläche würde unter Berücksichtigung der aktuellen Baupreisentwicklung, im Jahre 2024/2025 mit rund 3,5 Mio. € zu veranschlagen sein. Aufgrund der absehbaren Finanzlage kann ein Neubau ohne Nutzung erheblicher Fördermittel nicht umgesetzt werden. Auch ist zu berücksichtigen, dass die aktuell vorgesehenen Sanierungsmittel aufgrund der Planungs- und Umsetzungszeit eines neuen Gebäudes schon zum größten Teil abgeschrieben wären. Die vorgesehene Teilsanierung des Gesundheitsamtes stellt somit augenblicklich die wirtschaftlich gebotene Lösung dar. Sollten in naher Zukunft tatsächlich umfangreiche Bundesfördermittel in Aussicht stehen, würde deren Einwerbung und Nutzung durch die vorgesehenen Maßnahmen in 2022 nicht gefährdet werden.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Francksen, erklärt, dass er den Antrag noch einmal innerhalb der nächsten Fraktionssitzung auf Basis der heute gewonnenen Erkenntnisse beraten lassen werde. Die aktuellen Ansätze im Entwurf des HH 2022 werden im Rahmen der Aussprache des Ausschusses somit - wie im Haushaltsentwurf vorhanden – beibehalten (Präsentation in der Anlage).

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2021

Ankauf einer landwirtschaftlichen Fläche für die Arrondierung eines kulturhistorischen Standortes

Die Verwaltung berichtet vom Ansinnen des Rüstiger Heimatbundes entsprechend eines Konzeptes den Standort der Moorseeer Mühle zukunftssicher aufzustellen. Verschiedene Varianten des Konzeptes wurden zunächst zwischen Heimatbund und der Verwaltung besprochen und ein gemeinsamer Fahrplan abgestimmt. Hiernach soll zunächst die Mühle, die aktuell vom Landkreis gepachtet wird, im Jahr 2022 käuflich erworben werden. Hiermit sei sichergestellt, dass sich die heutigen Gebäude im Eigentum des Landkreises befinden. Auf dieser Basis können weiter geplant werden. Da es sich bei den Vorstellungen des Heimatbundes, die auf einen langfristigen Zeitraum ausgerichtet sind, um einen insgesamt sehr erheblichen Finanzbedarf handelt, wurde durch die Kreisverwaltung ein Auftrag für eine Machbarkeitsstudie unter Beachtung der Entwicklungsoptionen des Museums und möglicher zukünftiger Fördermittel an ein Planungsbüro vergeben. Hierbei soll auch berücksichtigt werden, dass der Landkreis über größere unbebaute Grundstücke östlich der bestehenden Museumsgebäude verfügt. Erst auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie sollte daher aus Sicht der Verwaltung über den Ankauf weiterer Flächen im Bereich des Museums (westliche landwirtschaftliche Flächen) entschieden werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag der Verwaltung zu, zunächst den Ankauf der Mühle zu priorisieren und hierfür im Haushalt 2022 insgesamt investive Mittel von 200.000,00 €, also maximal 180.000 € Kaufsumme plus rund 20.000 € Grunderwerbsnebenkosten vorzusehen. Ob auch dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abzuwarten und in diesem Zuge die Prüfung von Entwicklungsalternativen und möglicher Fördergelder zu klären und somit ggf. zu einem späteren Zeitpunkt weiteren Grunderwerb zu tätigen, soll seitens der antragstellenden SPD noch einmal in der Fraktion beraten werden (Präsentation in der Anlage).

Der Teilhaushalt des Fachdienstes 65 (Liegenschaften) für 2022 wird zur Kenntnis genommen.

8	Verschiedenes
---	---------------

- keine Wortmeldungen -

Kohlmann
Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Groß-Kruzycki
Protokollführung